



**Selbstständiger Antrag
des Synodalen Friedemann Magaard (+ 10 weiteren Synodalen)
gem. § 19 LSynGescho**

Die Landessynode möge beschließen:

Die humanitären Werte, auf die sich die Europäische Union beruft, werden an den europäischen Außengrenzen und in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln bis Lampedusa seit Jahren in dramatischer Weise ignoriert. Der Brand im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos richtet das Augenmerk der Öffentlichkeit auf einen Zustand, der schon lange menschenunwürdig ist.

Die Landessynode unterstützt die klare Positionierung der leitenden Geistlichen im Raum der EKD, auch durch Landesbischofin Kühnbaum-Schmidt, und unterstützt die aktuellen Initiativen, Geflüchtete aus den Lagern aus den griechischen Lagern in Deutschland aufzunehmen. Sie appelliert an die politisch Verantwortlichen, nicht erst eine europäische Gesamtlösung abzuwarten, sondern schnell und entschlossen humanitär zu helfen. Deutschland kann und soll in der Aufnahme voran gehen. Zugleich sollte die Bundesregierung einer gemeinsamen, von humanitären Werten getragene europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik höchste Priorität geben.

Die Landessynode bekräftigt zugleich die zivilgesellschaftliche Mitverantwortung der Landeskirche für humanitäre Initiativen der Bundesregierung und der Landesregierungen sowie der zahlreichen aufnahmebereiten Kreise, Städte und Gemeinden der Initiative „Seebrücke“. Die Nordkirche will als verlässliche Partnerin mit professioneller Kompetenz und breitem ehrenamtlichen Engagement den Geflüchteten wirksam zur Seite stehen, die in Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Schleswig-Holstein Aufnahme finden.

Begründung:

Die Eskalation der humanitären Krise in den Flüchtlingslagern an den Südgrenzen der EU fordert eine klare Haltung der evangelischen Kirche. Nothilfe darf nicht zugunsten politischen Kalküls unterbleiben. Ein reiches und starkes Land wie Deutschland muss dabei mit klaren Zeichen vorangehen. In dieser Haltung zeigt sich die Nordkirche solidarisch mit zahlreichen norddeutschen Kreisen, Städten und Gemeinden der Initiative „Seebrücke“, die sich zu „Sicheren Häfen“ erklärt haben. In diesem Sinne soll neben dem politischen Appell eine Erklärung stehen, die ein verantwortliches Handeln zugunsten der Aufzunehmenden von Seiten der Nordkirche in Aussicht stellt. Die Nordkirche hat in den Jahren 2015ff unter Beweis gestellt: Sie ist bereit zur erfolgreichen Arbeit mit Geflüchteten und sie ist kompetent. Die staatlichen Stellen, die die Aufnahme von Geflüchteten zu organisieren haben, können sich auf die Nordkirche, auf Diakonie, Kirchengemeinden und Kirchenkreise verlassen.